Heute „Welt-Spiegel"

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 300 M.

Erscheint wöchentl. zweimal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: Sonntags „Der Weltspiegel", Dienstags „Modenspiegel", Mittwochs „Technische Rundschau", Donnerstags „Sportspiegel", Freitags Bildblatt „UHU", Sonnabends „Haus Hof Garten". Bezugspreis: Für den Monat März M. 8000.— einschl. Zustellg. d. die Botenfrau, Ausl. ausschl. Postaufschl. bezw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug d. die Hauptexped., Berlin SW. 19, u. d. die Postanstalten in Deutsch-Oesterr., Tschechoslowak., Ungarn, der Schweiz, Luxemburg, Belgien, Frankreich, d. Niederl., Dänemark, Schwed., Norweg., Finnland, Lettland, Estland; für alle übrig. Staaten ist d. Bezug nur mit Kreuzb. d. die Exped. d. Bl. mögl. Abonnementspreiserhöhungen währ. d. Bezugszeit vorbehalt. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks hat, ausf. Bezieh. kein. Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 u. den Filialen. (Fernspr.: Dönhoff 3440—3455, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegr.-Adr.: „Berliblatt". — Rudolf Mosse-Code. Insertionspreis: Die Zeilenhöhe M. 2500.—, Familien-Anzeigen M. 600.—, Nachrufe nach üblichem Tarif. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben od. an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46/49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 35; Zimmerstr. 59; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Kaiserallee Str. 67/68; Rathenow. Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstr. 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286 u. 346; Blücherstr. 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswalder Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 54; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241, Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 8; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Grüllstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 68; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau, Schweidnitzer Str. 31/32; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 72; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 119 (Ausgabe für Berlin) und Handels-Zeitung Sonntag, 11. März 1923 52. Jahrgang

Der Verkehr durch die britische Besatzungszone.

Englisch-französische Einigung.

Unbefriedigendes Ergebnis für die Franzosen.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

△ **London,** 10. März.

Wie „Pall Mall and Globe" erfährt, hat die englische Regierung das Abkommen der Generale Godley und Payot ratifiziert. General Godley ist heute nach Paris zurückgekehrt.

L Paris, 10. März.

Die Pariser Zeitungen berichten, daß die englische Regierung gestern das zwischen den Generalen Godley und Payot getroffene Abkommen über die Benutzung der Eisenbahnlinien in der englischen Zone für französische Truppentransporte genehmigt habe. Die Schwierigkeiten, die den englischen Kaufleuten im Rheinlande durch die französische Grenzsperre bereitet werden, sollen in einer besonderen Verhandlung zwischen den Regierungen beseitigt werden. Das Arrangement gibt den Franzosen die Durchfahrt von zehn Zügen täglich frei; das ist die gleiche Anzahl von Zügen, über die sie vor der Besetzung des Ruhrgebiets verfügt haben, aber es scheinen die Beschränkungen für die Zahl der Waggons aufgehört zu haben. Der „Temps" fügt hinzu, daß im Falle einer „militärischen Kundgebung" Deutschlands gegen die französischen Truppen besondere Abmachungen in Kraft treten. Die Wünsche der Franzosen gingen viel weiter. Das magere Resultat wird aber durch Bemerkungen über die Sympathien der englischen Regierung für Frankreich etwas aufgebauscht.

Eine Reuter-Note gibt zur gleichen Zeit Aufklärung über einen neuen Irrtum der Franzosen. Vor drei Tagen deuteten einige Blätter an, die englische Regierung habe in Paris gegen die Besetzung von zwei Brückenköpfen in der englischen Zone Verwahrung eingelegt. Sofort erfolgte das übliche offiziöse Dementi, in dem behauptet wurde, der französischen Regierung sei von einem Protest nichts bekannt. Das Reuter-Bureau teilt heute mit, daß die Vorstellungen, die die englische Regierung gegen die Besetzung der beiden Brückenköpfe erhoben hat, von der französischen Regierung sehr sympathisch aufgenommen worden seien, und daß zu hoffen sei, daß die englischen Wünsche Berücksichtigung finden würden.

Frankreichs „verbrecherischer Wahnsinn".

Ein ungeschminktes Urteil aus Amerika.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 10. März.

Wahrhaft niederschmetternd für Frankreich klingt, was eine New-Yorker Zuschrift des „Secolo" ausführt, desselben „Secolo", der bis vor kurzem zu den Hauptsäulen der italienischen Frankophilen gehörte. Es sei einfach lächerlich, beginnt der Bericht, wenn Frankreich ein finanzielles Entgegenkommen Amerikas erhoffe, das Frankreichs Politik des Hasses und der Zerstörung aller Zivilisation geradezu verbrecherisch wahnsinnig finde. Statt seine Schulden in Amerika zu bezahlen und mit Deutschland ein vernünftiges Abkommen zu treffen, **verschleudere Frankreich sein Geld für verrückte Rüstungen,** komplottiere mit den kleinen Balkanstaaten, beginne die wahnsinnige Ruhraktion und leihe — was die Schale des amerikanischen Zorns überlaufen lasse — den kriegerischen Polen 400 Millionen. Frankreich sei in den Augen Amerikas des schwärzesten Verbrechens, des Friedensbruches und des Attentats gegen das Glück der Völker schuldig. Zwar sei die Abneigung gegen Deutschland noch nicht geschwunden, aber Frankreich tue alles, um Deutschland völlig reinzuwaschen, so daß Amerika heute nicht mehr Deutschland, sondern Frankreich verabscheue. „Warum", schließt der „Secolo", „wollte also Amerika Europa vor Frankreich retten, wenn doch die weit mehr interessierten europäischen Staaten alle zusammen nicht gegen Frankreich aufzutreten wagen?" Jedenfalls aber werde nach der Besetzung der Ruhr Amerika erst recht nicht auf die Rückzahlung der französischen Schulden verzichten, besonders nicht, seit England ein gutes Beispiel gegeben habe. Die öffentliche Meinung in Amerika erblicke in Frankreich heute nur noch einen wahnsinnigen, verbrecherischen Schuldner, den die Regierung früher oder später energisch zur Rückzahlung seiner Schulden zwingen werde.

Kriegsminister Maginot und Degoutte in Essen.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Essen, 10. März.

Der **französische Kriegsminister Maginot,** der Oberkommissar Girard, General Degoutte und der Chef der Ingenieurkommission, Coste, weilten heute in Essen. Der Kriegsminister inspizierte die französischen Truppen.

In **Essen** haben die Franzosen heute abermals vier leitende Beamte der staatlichen Bergwerksinspektion verhaftet und ausgewiesen. Bei den zuständigen Stellen weiß man noch nicht, auf welche Veranlassung die Franzosen diese Verhaftung vorgenommen haben. — Gestern morgen wurden die noch verbliebenen sechs Polizeibeamten in Herne verhaftet und fortgebracht. Ein an der Grippe erkrankter Polizeibeamter, der ebenfalls verhaftet werden sollte, wurde auf Einspruch des Amtmannes freigelassen.

Der Meinungskampf in Paris.

Poincaré und die Anhänger der „starken Methode".

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 10. März.

Da seit dem 11. Januar d. J., dem traurigen Gedenktag der Ruhrbesetzung, wahrscheinlich nirgends in der Welt soviel geschwindelt wird, wie in der offiziösen Berichterstattung Frankreichs, wird es ratsam sein, alle halbamtlichen französischen Informationen mit größtem Mißtrauen aufzunehmen. Entweder stimmen sie überhaupt nicht oder sie sind nur halb richtig, oder sie werden am nächsten Tage durch gegenteilige Beschlüsse der Regierung hinfällig gemacht. Niemand weiß genau Bescheid, wahrscheinlich, weil die leitenden Stellen selbst über ihre Absichten im unklaren oder untereinander uneinig sind. Deshalb kann auch nur unter Vorbehalt mitgeteilt werden, daß wieder einmal in den politischen Kreisen von der Absicht einer Ausdehnung der Besetzung auf Frankfurt und Heidelberg gesprochen wird. Heute erklärt Pertinax im „Echo de Paris", daß die Regierung Plänen dieser Art abgeneigt sei. In der Mittagszeitung „Paris-Midi" wendet sich der bekannte diplomatische Mitarbeiter gegen jede Erweiterung des Unternehmens und warnt dringend davor, napoleonische Allüren anzunehmen. Es wird hinzugefügt, daß der Ministerpräsident mit voller Entschiedenheit sich gegen diese gefährlichen Ratschläge verwahrt habe und fest entschlossen sei, die Politik des Zwanges auf das bisher besetzte Gebiet zu beschränken. Aber, so heißt es weiter, die Anhänger der weiteren Besetzung haben noch nicht abgerüstet. Man wird gut daran tun, auf sie aufzupassen. Wer diese Anhänger der weiteren Besetzung sind, ist bekannt. In der „Action Française" und in der „Liberté" wurde unmittelbar nach der erfolgten Besetzung Essens gesagt, daß der Marsch bis Berlin fortgesetzt werden müsse! Bainville schreibt sogar: „Es ist tausendmal besser, wenn wir nicht bezahlt werden und uns das Geld selbst in einem Deutschland holen, wo unsere Hand eindringt wie in Butter." (11. Januar.) Es klingt unglaublich, aber es wird von ernsthaften Persönlichkeiten versichert, daß in der zweiten Hälfte des Januar tatsächlich der Gedanke erwogen worden sei, den Frieden in Berlin zu diktieren. Poincaré soll freilich bereits damals anderer Meinung gewesen sein und seinen Willen durchgesetzt haben. Jetzt scheinen die starken Männer, allen voran der Kriegsminister Maginot und der frühere Kriegsminister Lefèvre, aufs neue die starke Methode zu empfehlen, weil alle anderen Methoden versagt haben, und der Optimismus nur noch von der Hoffnung auf die Wirkungen des wirtschaftlichen Druckes in Deutschland und auf die hieraus sich ergebende Opposition der Sozialdemokraten gegen die Reichsregierung lebt.

Daß diese Hoffnung trotz aller Telegramme über angebliche Differenzen im deutschen Kabinett und über wachsende Unruhe in deutschen Geschäftskreisen nicht sehr groß ist, beweist die Art, in der heute die Situation von französischen Beobachtern geschildert wird. Der Sonderkorrespondent der „Information" in Düsseldorf schließt seinen Bericht: „Wir dürfen nicht verzweifeln. Wir werden endlich den Sieg doch davontragen. Aber es hängt von unserer Energie ab, die Zeit des Konfliktes abzukürzen und die nötigen Opfer zu verringern. Heute wird die Zusammenkunft Poincarés mit Theunis in dieser Hinsicht gute Wirkungen ausüben." Diese Worte klingen, als ob es auch in Düsseldorf Anhänger der kräftigen Methode gäbe, die nur noch von diesen Mitteln die Rettung von einem Mißerfolg erwarten. Aber unmittelbar neben diesen Berichten steht ein Artikel, in dem ein Wirtschaftspolitiker sehr ernsthaft für rasche Verhandlungen eintritt: „Es ist zutreffend, daß wir es im Ruhrgebiet mit einem verwickelten Mechanismus zu tun haben und hier Geduld notwendig ist, wenn wir unsere Interessen wahrnehmen wollen. Aber wenn wir auch Sorgen haben so hat doch Berlin noch größere Sorgen. Das Reich muß nachgeben; aber es will nicht, daß es in seinem Ansehen geschädigt wird. Wenn man in Berlin ernsthaft wollte, ließen sich schon Garantien finden, die man uns anbieten könnte. In diesem Falle hat man auf beiden Seiten jetzt schon lange genug überlegt. Man sollte zum Schluß kommen."

WIR ALLE WOLLEN HUTER SEIN!

Für uns **alle** stehen die Kämpfer an **Ruhr und Rhein** in geschlossener Front. Laßt sie nicht im Stich und führt ihren Widerstand durch Gaben zum

Deutschen Volksopfer!

Einheitliche Sammelstelle für Preußen und der **Preußische Landesausschuß für das Deutsche Volksopfer** (Berlin W. 56, Oberwallstraße 1a; Bankkonto Preußische Staatsbank Nr. 101 759; Postscheckkonto Berlin Nr 10020) bezw. die **Provinzialausschüsse.**

Auch unser Verlag nimmt Spenden an.

Der Schein des Shylock.

Von [Nachdruck verboten.]

Reichsminister a. D. **Schiffer.**

Der belgische Minister Theunis hat vor einigen Tagen in einer Unterredung mit dem Brüsseler Vertreter des „Figaro" über den Ruhreinbruch Ausführungen gemacht, die für die Denkweise dieses Staatsmannes und der hinter ihm stehenden Kreise sehr bezeichnend sind. Er weissagte dem Unternehmen der vereinigten Franzosen und Belgier mit Sicherheit einen glücklichen Ausgang um deswillen, weil sie das gute Recht und die immer nützliche Macht zur Seite hätten und unbedingt zu einem Erfolge gelangen müßten, andernfalls sie zwar den Krieg gewonnen, aber den Frieden verloren hätten. Man beachte die Steigerung. Vom — selbstverständlich — „guten" Recht ist nur ganz kurz und beiläufig am Eingange die Rede. Der Hinweis auf das Recht wird aber nachdrücklich ergänzt durch den auf die „immer nützliche" Macht. Schließlich wird jedoch der Gesichtspunkt des Rechts überhaupt durch die Feststellung beiseite geschoben, daß man „unbedingt" zum Ziele kommen müsse, weil man sonst die Früchte des Sieges nicht genießen würde. Right or wrong — my money.

Deutschland wird sich mit dieser saloppen Art, in der die Rechtsfrage von der Gegenseite behandelt wird, nicht abfinden. Es wird auch nicht der müden Erwägung Raum geben, daß ja doch alles Reden von Recht und Gerechtigkeit keinen Zweck habe; denn das Recht Deutschlands liegt so klar zutage, daß, wer sehen will, es sehen müsse, und an dem, der absichtlich die Augen verschließt, um nicht zu sehen, sei alle Mühe verloren. Stumpfe Resignation ist in dieser Frage und in dieser Zeit weniger als je am Platze. Gewiß hat der Reichskanzler in seiner Reichstagsrede mit Empörung und Bedauern erklären müssen, daß unsere Rechtsverwahrungen in Paris mit Hohn abgewiesen, überall sonst mit einem Achselzucken hingenommen werden, als gehe das alles die Welt nichts an; und seine bange Frage ist verständlich, ob denn der Gedanke des Rechts so ganz gestorben sei. Aber das Recht ist nicht tot. Das Gewissen der Völker ist nur betäubt; es schläft und muß geweckt werden. Die Welt liegt in Narkose; sie muß immer wieder angeschrien, geschüttelt und gerüttelt werden, um zu erwachen und zum Bewußtsein dessen zu gelangen, was vor ihren Augen geschieht.

Frankreich und Belgien machen sich ihre Beweisführung sehr leicht. Sie zitieren einfach den Wortlaut des § 18 der Anlage II zu Titel VIII des Versailler Vertrages. Dort heißt es:

„Die Maßnahmen, zu denen die alliierten und assoziierten Regierungen, falls Deutschland vorsätzlich seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, berechtigt sind, und die Deutschland sich verpflichtet nicht als feindselige Handlungen zu betrachten, können wirtschaftliche und finanzielle Sperr- und Vergeltungsakte und ganz allgemein solche andere Maßnahmen umfassen, die die betreffenden Regierungen als durch die Umstände geboten erachten könnten."

Hier sei also klipp und klar ausgesprochen, daß die Wahl der zu treffenden Maßregeln lediglich in das Ermessen der Berechtigten gestellt und an keinerlei objektive Schranke gebunden sei. Dieser buchstabengläubigen Auslegung tritt Deutschland in offiziellen Noten und wissenschaftlichen Darlegungen mit einer ganzen Reihe von Gründen entgegen. Die Frage, ob und inwieweit deutsches Gebiet zum Zwecke der Sicherung der Vertragserfüllung besetzt werden darf, sei im Artikel 428 des Vertrages und im Artikel 1 des Rheinlandabkommens ausschließlich und erschöpfend geregelt, so daß § 18 sich hierauf nicht erstrecken könne. Die hier vorgesehenen Maßnahmen könnten nach dem Zusammenhang und nach allgemein anerkannten Grundsätzen nur wirtschaftlicher und finanzieller Natur und nur derartig sein, daß die gegnerischen Regierungen sie innerhalb ihres Herrschaftsbereiches, nicht aber im Wege des Eindringens in das Deutsche Reich und dessen Souveränität vornehmen dürften. Nur sämtliche alliierten und assoziierten Mächte gemeinsam könnten nach Maßgabe des § 18 vorgehen; und jedes Vorgehen auf Grund dieser Bestimmung sei an einen einstimmigen Beschluß der Reparationskommission geknüpft, an dem es fehle.

Diese Deduktionen sind durchweg richtig und zutreffend, schlüssig und unwiderleglich. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß sie etwas sehr juristisch sind. Sie setzen eine Kenntnis des Vertrages in seinen schwer übersehbaren Einzelheiten voraus, die nur den wenigsten eigen ist; und sie befriedigen deshalb nicht das Empfinden der Allgemeinheit, das gegenüber dem brutalen Rechtsbruch eine einfachere, klarere, aber auch wuchtigere Zurückweisung verlangt. Noch bedeutsamer ist indes eine andere Frage, die sehr naheliegt. Wenn alle die von Deutschland vorgebrachten Gründe nicht gegeben wären, weil der Vertrag die für sie benutzten Bestimmungen nicht enthielte, — wäre dann die Besetzung des Ruhrgebiets mit all ihren Begleit- und Folgeerscheinungen nicht rechtswidrig? Wäre sie juristisch unanfechtbar und nur etwa moralisch wegen der Grausamkeit der Handhabung eines an sich zustehenden Rechts zu mißbilligen? Müßte man